

Pressestatement der AG Migration und Vielfalt zur Unterstützung von Integrationsbeauftragter Reem Alabali-Radovan und zur Verurteilung der parteipolitischen Angriffe durch Philipp Amthor und die Union

Wir erklären uns ausdrücklich solidarisch mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan, und verurteilen die jüngsten polemischen und haltlosen Angriffe von Philipp Amthor und der Union scharf. Diese Angriffe auf eine Person, die sich unermüdlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Integration in Deutschland einsetzt, sind nicht nur unangemessen, sondern auch gefährlich für den politischen Diskurs.

Es ist eine rechtsstaatliche und demokratische Pflicht, Menschen über ihre Rechte aufzuklären. Diese Aufklärungsarbeit zu diskreditieren, wie es die Union versucht, untergräbt die Grundpfeiler unseres Rechtsstaates, der auf Teilhabe und Chancengleichheit basiert. Jeder Mensch in diesem Land hat ein Recht darauf, über seine Rechte informiert zu sein – egal, welche Herkunft er oder sie hat. Die Union stellt mit ihrer Kritik diese demokratischen Werte in Frage und schadet damit dem gesellschaftlichen Miteinander.

Die grundlegende Rolle, die Integration und Inklusion in der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft spielen, darf dabei nicht übersehen werden. Die Verbreitung von Informationen ist eines der wichtigsten Instrumente, um allen Bürgern – unabhängig von ihrer Herkunft – die Möglichkeit zu geben, ihr Potenzial in relativ kurzer Zeit voll zu entfalten. Nur so kann das Ziel einer kollaborativen und wirtschaftlich effizienten Gesellschaft erreicht werden, die alle Teile der Bevölkerung einbezieht und stärkt. Wer Integration behindert, stellt somit nicht nur die sozialen, sondern auch die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Landes infrage.

Darüber hinaus ist die Kritik an der Existenz der Integrationsbeauftragten im Bundeskanzleramt besonders widersprüchlich, da die Union in den letzten Jahren immer wieder betonte, wie zentral Migration und Integration für die Zukunft Deutschlands seien. Es erscheint geradezu absurd, eine kompetente und verantwortungsvolle Stimme im Kanzleramt zu delegitimieren, wenn doch genau diese Themen von der Union stets als prioritär dargestellt wurden. Dieser Kurswechsel zeigt deutlich, dass es der Union nicht ernsthaft um die Lösung der Herausforderungen der Migration geht, sondern um parteipolitische Taktik.

Die jüngsten Angriffe machen klar, dass es der Union weniger um konstruktive Lösungen als vielmehr um kurzfristige politische Vorteile geht. Anstatt sich ernsthaft mit der Integration auseinanderzusetzen, wird versucht, populistische Provokationen zu nutzen, um den rechten Rand zu bedienen. Dies stellt das Fundament unserer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft infrage und führt dazu, dass die Union einem inhumanen Gesellschaftsbild hinterherläuft, wie es von extrem rechten Kräften propagiert wird.

Es ist unverantwortlich, die gesellschaftliche Spaltung weiter voranzutreiben, anstatt den Zusammenhalt zu fördern. Die Union sollte sich ihrer demokratischen Verantwortung bewusst werden und den spalterischen Diskurs beenden. Die Arbeit der Integrationsbeauftragten ist essenziell für die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft – sie verdient unseren Respekt und unsere volle Unterstützung.

AG Migration und Vielfalt SPD München

Lara Galli

(Vorsitzende)

Dat Hoang

(Stellvertreter der Vorsitzende)